

Politische Gegenwartsarbeit

Autor(en): **Nobs, Ernst**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **20 (1940-1941)**

Heft 4

PDF erstellt am: **08.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-333898>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Abschnitte Währung und Kreditbeschaffung. Wir beschränken uns für heute darauf, mit allem Nachdruck auch hier die Forderung zu vertreten, daß Kredit und Währung für die Zwecke der Kriegsmobilmachung und Arbeitsbeschaffung, wenn nötig, völlig unabhängig vom bisher geltenden Geld- und Kreditsystem gelöst werden müssen, indem der Öffentlichkeit die Möglichkeit geschaffen wird, für diese Zwecke billiges Geld zu erhalten, das sie nicht auf Jahre hinaus mit erdrückenden Zinsabgaben belastet und sie nach und nach immobilisiert. Die Forderung: *langfristiges Geld zum kurzfristigen Geldsatz!* ist gerecht und vernünftig; sie ist auch durchführbar, wenn man will und endlich begreift, daß im Augenblick der Mobilisation aller Kräfte — der wirtschaftlichen und der menschlichen — das eine Gebiet nicht in anarchischer Ungebundenheit bleiben kann, dasjenige des Kredites und der Währung. Hier ist so rasch als möglich eine große Anstrengung nötig, um zum Ziele zu kommen; wir halten die Lösung dieses Problems für so unerhört wichtig, weil wir überzeugt sind, daß sonst jegliche Arbeitsbeschaffung unter der Diktatur der kapitalistischen Rente zusammenbricht. Das Rohstoffproblem zu lösen, dürfte unendlich viel schwieriger sein als das Geldproblem; aber die Einsicht, daß dem so ist, kommt nur langsam.

Die Vielheit der Probleme, die hier zutage treten, würde es durchaus rechtfertigen, einen schweizerischen sozialdemokratischen Komunaltag einzuberufen, der die Interessen der Gemeinden energischer verfechten müßte, als der schweizerische Städtetag.

Politische Gegenwartsarbeit

Von E r n s t N o b s

Es gehört zur Eigenart solcher geschichtlicher Epochen wie der heutigen, daß die demokratische Willensbildung innerhalb der politischen Parteien nicht leichter, sondern wesentlich schwieriger geworden ist. Vor allem kann sich diese Willensbildung nicht mehr im gemütlichen Tempo der sogenannten normalen Zeiten vollziehen, wo aktuelle Probleme publizistisch und rednerisch vor dem Forum der ganzen Partei erörtert, in den Sektionen diskutiert, durch Parteitage oder gar Urabstimmungen endgültig entschieden werden konnten. Der Ablauf der Ereignisse vollzieht sich viel rascher, die Aussprache darüber ist behindert und zum Teil gar nicht möglich und daher auch die Erzielung einer allgemeinen Orientierung unter den Parteimitgliedern bedeutend erschwert. Es kommt eine dritte Besonderheit hinzu: Die Unterschiedlichkeit und Eigenwilligkeit der Individuen tritt stärker in Erscheinung. In der Weise, wie die Ereignisse sich in Zeitpunkten politischer Höchstspannung übereilen und für simple Gemüter ein Tempo annehmen, das alles als chaotisch erscheinen läßt, wird die allgemeine und überzeugende Orientierung noch schwieriger. Es kommt hinzu, daß die Neigung der menschlichen Natur, irgendwelchen Gerüchten Glauben zu schenken, der Panik und der Desorganisation

Vorschub leisten. Die hergebrachte Tugend des Kritisierens an der eigenen Bewegung droht zur Untugend des Mißtrauens und des Uebersehens der eigenen Erfolge und Leistungen in Vergangenheit und Gegenwart zu werden. Ich betone, daß es sich dabei nicht um eine einmalige Erscheinung dieser Zeit, sondern um eine wiederkehrende Eigenart bestimmter Epochen handelt. Nur wenn man erkennt, daß die Entwicklung durch schwierigere Wegverhältnisse führt, die zu umgehen nicht in unserer Macht lag, ergibt sich auch die Erkenntnis, daß Parteiarbeit in solchen Perioden ein höheres Maß von Verantwortungsgefühl, von Kameradschaft, von anständiger Diskussionsweise und von Verständigungsbereitschaft unter Parteigenossen voraussetzt. Diese Einsicht ist instinktiv beim Großteil unserer Parteimitglieder erfreulicherweise vorhanden, aber ich halte es für unerläßlich, daß wir diese Notwendigkeiten nicht nur gefühlsmäßig empfinden, sondern daß wir ihrer auch verstandesmäßig bewußt werden und demgemäß unsere Willensimpulse lenken. Würde es geschehen, daß die Großzahl der Parteimitglieder diese Notwendigkeiten nicht mehr zu erkennen und ihr Handeln nicht mehr demgemäß zu richten wüßten, so bedeutete dies die Zersetzung und Desorganisation der Parteiarbeit und des Parteiwirkens in ihrem Mittelpunkt und damit auch die Gefährdung der politischen Parteien als Grundelementen demokratischer Staatsarbeit und die Zerstörung der Parteien und des demokratischen Staates überhaupt. Darüber sollte jeder unserer Parteifreunde ins Klare kommen, der da etwa meint, man vermöchte mit neuen Parteibildungen und mit hemmungsloser Parteikritik die Sache der Demokratie und der sozialistischen Zielsetzungen heute vorwärts zu bringen. Hier handelt es sich um einen verhängnisvollen Trugschluß, den nur jener politische Dilettantismus sich zuschulden kommen lassen kann, der nie am Beispiel der Geschichte die Dynamik solcher Epochen studiert hat. Es liegt einem solchen Fehlschluß auch ein bedenkliches Maß von Konservativismus zugrunde, der die Methoden von gestern auch heute noch für anwendbar und nützlich hält.

Zu den Schwierigkeiten, über die manch ein wackerer sozialdemokratischer Parteigenosse nicht leicht hinwegkommt, gehört die Beurteilung der politischen Lage und die Erkenntnis des Standortes, der heute der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz angewiesen ist, wenn sie die Unabhängigkeit unseres Landes erhalten und die Sache der Demokratie und des Sozialismus unter schwierigen äußeren Verhältnissen hochhalten und retten will. Zwar wäre jetzt nichts leichter, als die kriegswirtschaftlichen Schwierigkeiten und Notwendigkeiten, die nicht aus unserem freien Willen entstanden, sondern aus äußeren Verhältnissen uns aufgezwungen sind, zum Ausgangspunkt einer leidenschaftserfüllten, hemmungslos demagogischen Zersetzungskampagne zu machen und auf diese Weise die bessere Einsicht zu zersetzen, das Vertrauen zu unterwühlen, die Widerstandskraft des Schweizervolkes gegen unschweizerische Gesinnungseinflüsse und seinen politischen Selbstbehauptungswillen zu lähmen und so das Land sturmreif zu machen. Diesem Ziele dient heute jede hemmungs-

los übertreibende politische Kritik an unseren derzeitigen wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen. Es gehört zur Eigenart dieser Kritik, daß sie nicht untersucht und mit dem Ausland vergleicht, daß sie keine Leistungen anerkennt, daß sie an allem, das bei uns geschieht, keinen guten Faden läßt und vor dem Verschweigen und Entstellen der Wahrheit nicht die mindeste Hemmung empfindet. Andererseits erfüllt sie ihre Anhänger mit geradezu chiliastischen Hoffnungen, die demnächst in Erfüllung gehen sollen. Mit Parteien und politischen Gruppierungen dieser Art kann die Sozialdemokratische Partei nichts Gemeinsames haben. Sie kann keines ihrer großen humanitären Ziele auf diese Weise erreichen. Sie kann auch den Methoden dieser Richtungen nur den energischsten Kampf ansagen.

Dieser politischen Gruppierung stehen die alten bürgerlichen Parteien gegenüber. Sie waren und sind unsere Gegner, insoweit sie kapitalistische Interessen vertreten haben und noch weiter vertreten. Andererseits aber ist nicht zu übersehen, daß sie in der Vergangenheit und mit der Unterstützung großer Volksmehrheiten (darunter vorab auch der Lohnarbeiter) die schweizerische Demokratie gesichert und entwickelt haben. Sie setzen sich auch heute für diese Ziele und in allererster Linie für Erhaltung der staatlichen Freiheit und Unabhängigkeit ein. Sie treffen sich damit im vornehmsten Ziel der schweizerischen Gegenwartspolitik mit der Sozialdemokratischen Partei: Die politische Zusammenarbeit, die sich daraus ergeben hat — und die in den Kantonen und Gemeinden mit starker sozialdemokratischer Behördenbeteiligung seit langem Tatsache war —, ist recht eigentlich eine Übertragung der Schicksalsgemeinschaft unserer Wehrmänner an der Grenze auf das Gebiet der politischen Tagesarbeit, die sich in den Dienst des gleichen Zieles stellt: unsere staatliche Unabhängigkeit unter allen Umständen und mit dem Einsatz aller Kräfte zu behaupten. Für diese Zusammenarbeit haben wir uns einsetzen können, ohne unsere sozialdemokratische Gesinnung und unsere sozialpolitischen und sozialwirtschaftlichen Bestrebungen im mindesten preiszugeben. Im Gegenteil, es muß gerade aus dieser Zusammenarbeit möglich werden, soziale Institutionen wie die Lohnausgleichskasse für Wehrmänner und die Altersversicherung zu schaffen und die planwirtschaftliche Überwindung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten mit Erfolg anzupacken, wie dies anders nicht möglich geworden wäre. So ist der sozialwirtschaftliche Erfolg dieser Zusammenarbeit auch zur Voraussetzung des Widerstandswillens und der Widerstandskraft des Schweizervolkes gegen alle Angriffe auf seine staatliche Selbständigkeit geworden. Noch ist diese Zusammenarbeit, besonders im Sektor der schweizerischen Wirtschaftspolitik, zu jungen Datums, als daß über ihre Ergebnisse ein abschließendes Urteil möglich wäre. Es muß auch — leider! — zugegeben werden, daß die Zusammenarbeit, die im weniger wichtigen Gebiet der kantonalen und kommunalen Verwaltungen sich im ganzen sehr bewährt und der Arbeiterschaft Erfolge eingebracht hat (man denke nur an die Arbeitsbeschaffung und die Arbeitslosenversicherung!), gerade in der Bundespolitik von einzelnen

bürgerlichen Parteien und einzelnen ihrer prominenten Vertreter mit allen Mitteln bekämpft, gelähmt, hintertrieben wird, trotzdem man sich vor dem Volk sehr gerne mit der Bereitschaft zur Zusammenarbeit ziert und keinesfalls als Saboteur an der Arbeitsgemeinschaft gelten will. Wenn die parlamentarische Arbeit im Nationalrat und im Ständerat seit Kriegsausbruch sich eine gewisse Rationierung hat gefallen lassen müssen und über gewisse Fragen nicht mehr in der Weise öffentlich diskutiert und räsoniert werden kann wie vordem, so ist dafür die Zusammenarbeit der Parteien im Bunde, also die Schaffung eines Organs für diese Zusammenarbeit, *die Parteien- oder Fraktionenkonferenz* und die *Vertretung der Schweizer sozialdemokratischer Richtung im Bundesrat* eine unaufschiebbare Notwendigkeit geworden. Solange diese beiden Postulate nicht erfüllt sind, ist es unsern bürgerlichen Parteien in der Eidgenossenschaft nicht Ernst mit der Zusammenarbeit, auch nicht Ernst mit der nationalen Einheit und Einigkeit. Es ist kein Trost, daß die Freisinnige Partei der deutschen Schweiz und auch die Katholiken der vorwiegend protestantischen Kantone und Gemeinden sich mit so und so vielen Lippenbekenntnissen für diese Zusammenarbeit und die sozialdemokratische Beteiligung im Bundesrat aussprechen, diese Zusammenarbeit und diese Beteiligung aber auch heute noch praktisch sabotieren! Es muß einmal mit allem Nachdruck gesagt werden, daß, wenn die bürgerlichen Parteien sich weiter von ihren welschen Gruppen und andern Quertreibern in diesem Punkte terrorisieren lassen, die Sozialdemokratische Partei sehr wohl in die Lage kommen kann und bald einmal in die Lage kommen muß, ihre Haltung in der Bundespolitik zu ändern.

Diese Politik der bürgerlichen Parteien läßt sich nur erklären aus einem Mangel an Einsicht in die Größe der neuen Aufgaben, die diese Zeit und mehr noch eine nahe Zukunft unserem Lande stellt. Wieder einmal reicht diese politische Weisheit, der Einblick in die Dynamik des geschichtlichen Geschehens, nicht weiter als zum Ratschlag des müßigen Abwartens. Unserem Lande und Volk, wenn sie sich den Aufgaben und Notwendigkeiten dieser Epoche gewachsen zeigen wollen, bleibt aber keine Möglichkeit opportunistischen Abwartens und Zuschauens. Vielfach werden die Erfordernisse der beiden großen Zentralprobleme, *Kriegswirtschaft und Bundesfinanzreform*, in ihrer Tragweite noch gar nicht erkannt. Auch an das Werk der Bundes-Altersversicherung will man sich nicht heranmachen, es vielmehr — nachdem man das bisher glücklich fertiggebracht hat — mit der Verschiebung anderer spezieller Postulate weiter hintanstellen.

Abgesehen von minimen Splintern, ist unser Volk mit seinen Behörden darin einig, die nationale Unabhängigkeit und Freiheit, wenn sie jemals angetastet werden sollten, bis aufs Letzte zu verteidigen. Ich bin völlig überzeugt, daß Bundesrat und Armeeleitung entschlossen sind, zur Verteidigung der Souveränität des Landes das Volk zum äußersten Einsatz aufzurufen, und ich bin überzeugt, daß unser Volk mit dem Blick auf seine heroischen Alvordern diesem Aufruf folgen würde mit der Entschlossenheit und Verbissenheit der finnischen Freiheitskämpfer, die

auch nicht die Zahl der Gegner gezählt haben, sondern sich bis auf den letzten Mann zu opfern bereit waren. Damit haben sie die nationale Freiheit in einem ruhmreichen, unvergleichlichen Kampf erhalten. So ist auch diese Zeit nicht ohne Größe. Wir sollten darum diese Epoche nicht bloß beklagen und bedauern, vielmehr die Größe der Aufgabe als einen geschichtlichen Auftrag erfassen, die alten Pfade der parteipolitischen und parlamentarischen Routine ebenso aufgeben, wie die manchesterlichen Relikte, die manche daran hindern, die kriegswirtschaftlichen Zwangsmäßigkeiten und die Aufgaben einer neuen, einer kommenden Wirtschaftspolitik richtig zu erkennen.

Neue politische Gebilde, wie der Bund der Subventionslosen und der Gotthardbund, sind entstanden und haben sich — wenn auch nicht in gleicher Weise — eindeutig manifestiert. Was unsere schweizerische Gegenwart erfordert, ist aber keine neue Sonderbündelei, sondern die Zusammenfassung der Kräfte. Diese Zusammenfassung der Kräfte bedarf eines Ernstes und einer moralischen Autorität, die mit jeder Demagogie — mag sie noch so inseratenstark auftrumpfen! — den Kampf vor dem Volk aufnimmt und ihn zu Ende führt. Diese Zusammenfassung der Kräfte ist noch nicht erreicht. Wer sie weiter hintertreiben wollte, wäre als der innere Feind gekennzeichnet.

Negative Kräfte - auch in der Demokratie

Von Dr. Arthur Schmid

I.

In der Gegenwart finden wir in Europa und in der übrigen Welt viel Auflösung und Zersetzung. Der Krieg zerstört große Werte, die im Laufe von Jahrzehnten erarbeitet wurden. Die Kriegswirtschaft kennt nur ein Ziel: dem Kriege und damit dem Siege zu dienen.

Aber man würde sich täuschen, wenn man alles, was in der heutigen Welt vor sich geht, auf die wirtschaftliche Entwicklung zurückführen wollte. Natürlich förderte das imperialistisch-kapitalistische Wirtschaftssystem die Spannungen in der Welt. Natürlich wirkt sich die Ungerechtigkeit in der Wirtschaft auch auf das übrige Leben aus.

Aber die Kräfte, die *zersetzend*, *auflösend* und *zerstörend* wirken, liegen zum Teil auf geistigem Gebiete. Es handelt sich um Lebensäußerungen, die aus Eigenschaften entspringen, welche aus der *geistigen Haltung* des Menschen resultieren.

Nun muß man nicht glauben, daß die Demokratien von solchen negativen Kräften verschont bleiben. Im Gegenteil, gerade ihnen droht große Gefahr. In der Demokratie, wo die Freiheit des Denkens und der Meinungsäußerung, die Freiheit der Propaganda und der Kritik gewahrt ist, bestehen gewaltige Möglichkeiten für eine zersetzende und negative Tätigkeit. Deshalb gibt es Leute, die glauben, man müsse die Demokratie abbauen. Das ist natürlich ein Irrtum. Der Abbau der Demokratie bringt keine andere Einstellung jener Menschen, die negative Kräfte pflegen